

Emmertsgrund: Die Entscheidung ist vertagt

Gestern Abend wollte der Gemeinderat nicht mehr entscheiden – Dem Investor sollen härtere Bedingungen auferlegt werden

Von Micha Hörnle

Es war keine allzu große Überraschung mehr, als der Gemeinderat gestern Abend gegen 20.15 Uhr den Verkauf der 610 Emmertsgrund-Wohnungen vertagte. Schon im Vorfeld der gestrigen Gemeinderatssitzung hatten sich die Stimmen gemehrt, die Grundsatzentscheidung zu vertagen, und eigentlich war das klar, als am Mittwochabend der Bezirksbeirat Emmertsgrund genau das auch verlangt hatte.

Genauso kam es dann auch, über den Verkauf wird der Gemeinderat dann definitiv auf seiner Sitzung am 20. Dezember entscheiden. Deswegen kam es auch zu keiner Debatte, auf die vielleicht mancher der Zuhörer – darunter auch etliche Bewohner der Emmertsgrundpassage – gewartet hatten. Die hatten in der Bürgerfragestunde vor der eigentlichen Gemeinderatsdebatte eindringlich gebeten, man möge sie doch stärker in die Entscheidung einbeziehen oder wenigstens besser informieren. So sei es in Neuenheim offenbar bei einer Bürgerversammlung möglich, einen ungewollten Bürgersaal zu kippen, während die Stadt auf dem Emmertsgrund beim ungleich wichtigeren Verkauf von Wohnungen die Betroffenen erst gar nicht frage.

Polemik hin oder her: Der nun gewonnene Monat soll nun nach dem Willen der Gemeinderäte genutzt werden, um offene Fragen zu beantworten, die GAL-Grüne,



Die stadteigene Wohnungsfirma GGH will die 610 Wohnungen der Emmertsgrundpassage verkaufen. Foto: Kresin

SPD und Bunte Linke vorlegten (die FDP schloss sich an). Die Fragen sind durchaus unterschiedlicher Natur: Die Grünen wollen dem potenziellen Käufer der Wohnungen zusätzliche Daumenschrauben anlegen: Vor allem geht es um die garantierte Mindestsumme für Instandhaltungen und ein möglichst großzügige „Sozialcharta“ (zum Beispiel eine Mietpreisbindung mindestens bis 2029 statt, wie bisher mit dem

Investor verhandelt, bis 2020). Die Bunte Linke und die SPD, die sich sonst eher selten zu gemeinsamen Anträgen zusammenfinden, werden viel grundsätzlicher: Man will Experten anhören, die darüber berichten, was mit privatisierten städtischen Wohnungen geschah. Außerdem will man die GGH dazu verpflichten, sich zur Studie des Bauministeriums zu äußern, nach der private Wohnungseigentümer weniger

Geld für die Instandhaltung ausgeben als die Stadt.

Als GGH-Geschäftsführer Peter Bresinski das hörte, wurde er richtig wütend: Wie, bitteschön, solle er sich denn zu einer Ministeriumsstudie äußern? Er versprach aber, die wesentlichen Bedingungen der Grünen mit dem Investor zu besprechen. Denn diese seien „bearbeitungsfähig“, und wahrscheinlich ließe der Käufer – der vom Vertagen der Entscheidung nicht allzu begeistert sein dürfte – über manches mit sich reden. Möglicherweise auch über eine „vertraglich abgesicherte Mindestinstandhaltungsverpflichtung“.

Bresinski handelt nicht ohne Grund so: Für den Verkauf der 610 Wohnungen braucht er die oder wenigstens einige Stimmen der Grünen. Bisher kann er nur fest auf die Stimmen von CDU, „Heidelbergern“, Freien Wählern, der FDP und des OB setzen – eher wackelige 21 von 41 Stimmen. Fest im Lager der Verkaufsgegner sind SPD, Bunte Linke und generation.hd – zwölf Stimmen, die sich auch durch noch mehr Forderungen an den Investor nicht beeindrucken lassen werden. Für eine halbwegs sichere Mehrheit braucht Bresinski daher noch möglichst viele Grünen-Stimmen. Soweit man weiß, sind mindestens zwei der acht grünen Gemeinderäte für den Verkauf. Und das wären die umso mehr, wenn der Käufer auf die grünen Bedingungen eingeht.